

Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt 2013, die es nicht in die Top 40 geschafft haben			
Vorschlag	Wichtig für Maintal, weil ...	Kategorie	Hinweis der Verwaltung
<p>Im Zuge von Sanierungsarbeiten an Straßen, Bürgersteigen, Kanalisation usw. sollten immer Glasfaser und oder Kabelkanäle mit verlegt werden. Die Stadt würde sich die Möglichkeit öffnen eine eigenes Glasfasernetz aufbauen, welches die Voraussetzung für schnelle Internet / Datenverbindungen ist. Das Glasfasernetz könnte durch die Stadtwerke Maintal verwaltet werden oder Dritte betrieben werden. Beispiel: Bischofsheim, Sanierung "Am Kreuzstein" mit seinen umfangreichen Tiefbaumaßnahmen bietet kostengünstig die Gelegenheit Glasfaserleitungen mit zu verlegen oder zumindest Leerrohre / Kanalanlagen einzubringen. Beispiele andere Städte macht Mut neue Möglichkeiten zu testen, "Stadtwerke entdecken die Telekommunikation."</p>	<p>Standortvorteil "Schnelles Internet" selber entwickeln und auf Dritte hoffen. Zusätzliche Einnahmen durch Netzvergabe an Dienstleister</p>	<p>Stadtentwicklung, Umwelt und Mobilität</p>	<p>Sehr geehrter Herr Jacobi,</p> <p>hier der aktuelle Stand der DSL-Versorgung:</p> <p>Den Maintaler Bürgerinnen und Bürger steht schon heute ein Anschluss an das schnelle Internet von Unitymedia, mit Downloadgeschwindigkeiten von bis zu 150 Mbit/s, zur Verfügung. Unitymedia und PrimaCom kooperieren für die Versorgung mit schnellem Internet und weiteren digitalen Zusatzdiensten wie digitales Fernsehen, Pay-TV und Telefonie über das TV-Kabel.</p> <p>Darüber hinaus wird die Breitband-Main-Kinzig GmbH bis 2015 ein flächendeckendes Glasfaserkabelnetz errichten, das die Breitbandversorgung von allen Haushalten im Kreisgebiet sicherstellt. Link: www.breitband-mkk.de</p> <p>Mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 14.11.2011 wurde festgelegt, dass die Stadt Maintal das Projekt des Main-Kinzig-Kreises zur lückenlosen Versorgung aller Städte und Gemeinden mit Breitband-DSL unterstützt. Gleichzeitig hat sich die Stadt Maintal dazu bereiterklärt, dass sie, unter Berücksichtigung der rechtlichen Rahmenbedingungen für die Verlegung der Glasfaserkabel, entsprechende Informationen zu geplanten Baumaßnahmen bereitstellt sowie operative Zuarbeiten im Rahmen ihrer Möglichkeiten leistet.</p> <p>Mit freundlichen Grüßen Jörg Wuff , i.A. der Wirtschaftsförderung der Stadt Maintal</p>
<p>Lt.: http://www.zukunft-breitband.de/DE/Breitbandatlas/breitband-vor-ort.html könnte jeder 2. Maintaler das Internet mit 150 Mbit/s nutzen, was erfreulich ist. Die übrigen Bürger nicht. Was bedauerlich ist. Die Klassiker stabiles Stromnetz, sauberes Wasser, hygiesicheres Ableiten des Abwassers und leistungsfähige Verkehrswege z. B. sind von extrem hoher Bedeutung für die Lebensqualität in Maintal. Nicht minder wichtig ist ein leistungsfähiges Internet flächendeckend. Die Bereiche Maintals mit langsameren Datenübertragungsgeschwindigkeiten werden durch Leitungen erschlossen, die aufgrund ihrer physikalischen Eigenschaften einfach kein schnelles Internet zulassen. Anhand des Beispiels mit der Wasserversorgung bedeutet dies: Jeder 2. Maintaler zapft Wasser aus der Wasserleitung. Einige Maintaler haben hat Glück, wenn sie per Schwegelpumpe an das Nass gelangen. Der Rest schöpft das Wasser aus dem Main. Dieser Zustand herrscht im übertragenen Sinne für die DSL 150 Mbit/s. Situation in Maintal. Das kann auf Dauer nicht bestehen bleiben. Es muß also in moderne Kabelsysteme investiert werden. Alternativ kann versucht werden, in der 150-Mbit/s.-Diaspora Maintals WLAN-Lösungen zu installieren. Es wird angeregt, zu prüfen, ob über z. B. das Raiffeisenmodell Bürger (nicht nur aus Maintal) als Genossen Kapital in eine entsprechende Gesellschaft einbringen und daraus investiert werden kann. Eine Art Bestandsschutz sichert denen die sähen, auch die Ernte.</p>	<p>Vom Home Office aus wird immer mehr gearbeitet. Dort arbeiten überwiegend hoch qualifizierte Menschen, die nicht mehr pendeln müssen. Die IT-Unternehmen siedeln sich nur dort an, wo flächendeckend schnelles Internet genutzt werden kann. Die in diesen Unternehmen arbeitenden Menschen können nur dann als Bürger Maintals gewonnen werden, wenn auch in den Wohngebieten mit 150 Mbit/s Daten ausgetauscht werden können. Durch solche Bürger und Unternehmen erzielt Maintal höhere Einnahmen zum Wohle Aller.</p>	<p>Stadtentwicklung, Umwelt und Mobilität</p>	<p>Sehr geehrter Herr Herrmann,</p> <p>eine schnelle Überprüfung Ihres Vorschlages ist schwierig, da dieser zwei denkbare Wege beinhaltet.</p> <p>Zum einen ist denkbar, dass die Stadt Maintal eine Veranstaltung organisiert, an der Personen, die eine Genossenschaft mit dem Zweck "Breitbandausbau" nach den Vorschriften des Genossenschaftsgesetzes ohne Beteiligung der Stadt Maintal gründen wollen, teilnehmen. Sollte Ihr Vorschlag darauf hinzielen, dann fällt er in die Zuständigkeit der Stadt Maintal und ist rechtlich zulässig. Die Kosten, die für die Organisation und die Durchführung dieser Veranstaltung anfallen, sind sicherlich zu vernachlässigen.</p> <p>Zum anderen ist denkbar, dass die Stadt Maintal die Gründung einer Genossenschaft unter Beteiligung der Stadt Maintal initiieren soll. Diese Variante des Vorschlages läge grundsätzlich in der Zuständigkeit der Stadt Maintal, die Aufsichtsbehörde ist jedoch gem. § 127a Hessische Gemeindeordnung (HGO) zu beteiligen.</p> <p>Eine erste vorläufige Überprüfung des Vorschlages ergibt, dass dieser rechtlich nicht unproblematisch ist.</p> <p>Im Jahr 2005 hat der Hessische Landtag § 121 HGO neu gefasst und damit dem wirtschaftlichen Handeln der Kommunen enge Grenzen gesetzt. Seitdem müssen bei jeder Errichtung eines wirtschaftlichen Unternehmens der Stadt gem. § 121 Abs. 1 HGO folgende Voraussetzungen erfüllt sein:</p> <ul style="list-style-type: none"> - der öffentliche Zweck muss die wirtschaftliche Betätigung rechtfertigen und - die wirtschaftliche Betätigung muss in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Kommune und zum voraussichtlichen Bedarf stehen und - der Zweck darf nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt werden können (sog. "strenges Subsidiaritätsprinzip").

<p>Der Fahrradweg zwischen Dörnigheim und Rumpenheim muss neu geteert werden, Strecke am Main entlang. Anmerkung: Dieser Vorschlag wurde per Postkarte anonym eingereicht und vom Projektteam Bürgerhaushalt eingestellt.</p>		<p>Stadtentwicklung, Umwelt und Mobilität</p>	<p>Sehr geehrte Dame, Sehr geehrter Herr,</p> <p>Ihr Vorschlag ist rechtlich unbedenklich und liegt in der Zuständigkeit der Stadt Maintal.</p> <p>Folgende personelle und finanzielle Auswirkungen auf die Stadt Maintal können nach erster Einschätzung angegeben werden:</p> <p>Die Kosten für die Erneuerung des Radweges belaufen sich auf ca. 500.000 €. Für die Sanierung des Radweges sollen Fördermittel beantragt werden, sodass sich die Kosten reduzieren. Die Baumaßnahme war bereits für die Haushaltsjahre 2011 und 2012 geplant, die erforderlichen Beschlüsse wurden bisher jedoch nicht von den städtischen Gremien gefasst.</p> <p>Mit freundlichen Grüßen Jörg Wuff, i.A. des Fachdienstes Stadtentwicklung und Umwelt</p>
<p>Hallo! Ich gehe gern mit meinen Kindern schwimmen fast das ganze Jahr, bei uns in Deutschland ist leider sehr wenig Sommer, außer dieses Jahr aber trotzdem Wasser in Freibad war für Kinder noch kalt und sie haben gezittert, es hat sich rumgesprochen da sind viele nicht hingegangen, daß heißt wenig Besucher, mehr Kosten, wenig Umsatz. Meine Vorschlag wir sollen die Bäder frei wie auch Hallen beide offen in der Sommerzeit, erst es bringt mehr Umsatz, die Mitarbeiter sind beschäftigt, die Jugend auch statt blödsinn zu machen und Familien mit Kindern sind voll in Programm wie Sportler auch, falls Reparatur in Planung sind, man kann eine nach dem andere einplanen. Ich hoffe den Vorschlag ernst zu nehmen, es ist Anliegen viele Leute in Maintal</p>		<p>Kinder, Jugend, Familie und Senioren</p>	<p>Sehr geehrte Frau, sehr geehrter Herr Kantoli,</p> <p>Ihr Vorschlag fällt in die Zuständigkeit der Stadt Maintal und ist rechtlich zulässig. Durch die Parallelöffnung von Hallenbad und Freibad müssen der Aufsichtsdienst und der Reinigungsdienst erheblich verstärkt werden. Dadurch steigen die Kosten für den Betrieb des Maintalbades - und damit das Defizit - weiter an. Ob diese Mehrkosten durch einen höheren Besucherzuspruch ausgeglichen werden können, ist zumindest zweifelhaft.</p> <p>Viele Grüße</p> <p>Frank Krause</p> <p>FB Hauptverwaltung</p>
<p>Die Leerfahrten des RMV zwischen Hochstadt und Wachenbuchen stoppen. In 90% der Fahrten ist der Bus leer. Er fährt andauernd nachts und Wochenende leer !!!??? Anmerkung der Redaktion: Dieser Vorschlag wurde anonym eingereicht.</p>		<p>Stadtentwicklung, Umwelt und Mobilität</p>	<p>Sehr geehrte Dame, sehr geehrter Herr,</p> <p>Ihr Vorschlag fällt in die Zuständigkeit der Stadt Maintal und ist rechtlich zulässig. Die finanzielle Auswirkung, die bei der Umsetzung Ihres Vorschlages eintreten würde, hängt von der Taktung der betroffenen Verbindungen ab.</p> <p>Nur eine sehr geringe Einsparung würde erzielt, wenn die Busse nur bis Hochstadt fahren würden, da die Personalkosten in diesem Falle trotzdem anfallen würden, lediglich Treibstoff- und Abschreibungskosten würden reduziert.</p> <p>Daher müsste über eine Reduzierung von Taktzeiten der betroffenen Buslinien nachgedacht werden. Die Entscheidung darüber müssten die städtischen Gremien treffen. Die Kreisverkehrsgesellschaft und der RMV wären zu beteiligen.</p> <p>Viele Grüße</p> <p>Frank Krause</p>

<p>Festlegung von differenzierten Dienstleistungsverträgen bezüglich Pflege von öffentlichen Grünflächen, straßenbegleitender Grünflächen und Spielplätzen. Mit unterschiedlichen, klar festgelegten „Pflegestufen“ je Handlungsfeld. Erstellung eines Pflegekatasters der genannten Flächen in Maintal.</p>	<p>Differenzierte, variable Gestaltungsmöglichkeiten. Verbesserte Kontrollmöglichkeiten zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer. Eindeutigere Zuordnung der jeweiligen Kosten.</p>	<p>Sonstiges</p>	<p>Sehr geehrter Herr Hugo,</p> <p>gerne gehen wir auf Ihren Vorschlag zur Festlegung von differenzierten Dienstleistungsverträgen ein (Pflege von öffentlichen Grünflächen und Spielplätzen).</p> <p>Vorausschicken möchten wir, dass die grafische und sachdatenseitige Bestandserfassung der Grünflächen und Spielplätze mit dem dazugehörigen Inventar als Grundlage dafür bereits durchgeführt wurden.</p> <p>Eine Pflegevereinbarung mit detaillierter Leistungs- und Kostenaufstellung mit dem Eigenbetrieb Betriebshof soll demnächst erfolgen.</p> <p>Ihr Vorschlag ist daher</p> <ul style="list-style-type: none"> •rechtlich unbedenklich •liegt in der Zuständigkeit der Stadt Maintal und •wird sich finanziell auf die Stadt Maintal auswirken. <p>Die Einsparungseffekte sind jedoch begrenzt , da die Reduzierung pflegeintensiver Bepflanzungen als auch die Verringerung der Pflegehäufigkeit schon seit geraumer Zeit erfolgen.</p> <p>Mit freundlichen Grüßen J. Wuff, i.A. des Fachdienstes Stadtentwicklung und Umwelt</p>
<p>Schaffung eines computergestützten zentralen Werkzeuges zur Erfassung aller Anregungen, Ereignisse, Empfehlungen und Anträge. In Maintal werden die unterschiedlichsten Anregungen nicht zentral erfasst und einer Lösung zugeführt. Stadtteilbegehung, AEM System, Leitprojekte, Bürgerhaushalt und Anträge werden auf den unterschiedlichsten Wegen gemeldet. Diese sollten in einem System zentral erfasst werden und nach klar geregelten Prozessen abgearbeitet werden. Diese Prozesse beinhalten selbstverständlich klare Reaktions- und Lösungszeiten. Beim überschreiten dieser, von der Verwaltung festgelegten Zeiten werden die entsprechenden Vorgesetzten / FD Leiter informiert, mit Eskalation bis in die höchste Verwaltungsebene. Selbstverständlich können auch gemeldete Ereignisse / Anregungen mit einer Begründung abgelehnt werden. Alle Vorgänge sind zu dokumentieren und unterliegen einer Auswertung. Aus diesen Erkenntnissen könnte eine Verbesserung von Prozessen, Arbeitsschritten mit entsprechender Wertschöpfung erfolgen. Das bestehende AEM- System ist nicht entsprechend implementiert und bietet nicht (?) entsprechende Prozesse, der Bürgerhaushalt ist keine ganzjährige Aktion.</p>	<p>Es gilt eine permanente computergestützte Prozesskette zu installieren, um eine Wertschöpfung für Bürger, Verwaltung und die politischen Vertreter zu erzielen. Ereignisse zeitnah zu bearbeiten.</p>	<p>Sonstiges</p>	<p>Sehr geehrter Herr Hugo,</p> <p>wir können derzeit nur eine erste Einschätzung zu Ihrem Vorschlag abgeben. Ihr Vorschlag ist rechtlich unbedenklich und fällt in den Zuständigkeitsbereich der Stadt Maintal.</p> <p>Zu den finanziellen bzw. personellen Auswirkungen können derzeit keine Angaben gemacht werden, da die Umsetzung des Vorschlages auf verschiedenen Wegen denkbar ist:</p> <p>Zunächst wäre zu prüfen, ob das bestehende AEM durch eine organisatorische Regelung in der Verwaltung so genutzt werden kann, dass die Wirkung, die Sie mit Ihrem Vorschlag erreichen wollen, eintritt.</p> <p>Falls dies alleine durch organisatorische Maßnahmen nicht erreichbar ist, wäre zu prüfen, ob das bestehende AEM zu angemessenen Kosten technisch im Sinne des Vorschlages weiterentwickelt werden kann oder ob die Stadt Maintal die gewünschte technische Plattform auf dem Markt beschaffen oder diese entwickeln lassen muss. Die dadurch entstehenden Kosten sind derzeit nicht bezifferbar.</p> <p>Viele Grüße</p> <p>Frank Krause</p> <p>FB Hauptverwaltung</p>

<p>Der Maintalpass ist so zu gestalten, dass eine Teilnahme am gesellschaftlichen, kulturellen und sozialen Leben generell möglich wird.</p>	<p>Armut nimmt auch in Maintal immer weiter zu. Dem hat eine sozialverantwortliche Politik Rechnung zu tragen.</p>	<p>Soziales</p>	<p>Sehr geehrter Herr Klaus,</p> <p>der Vorschlag ist rechtlich zulässig und fällt in die Zuständigkeit der Stadt Maintal.</p> <p>In Maintal nutzen derzeit ca. 500 Personen einen Maintal-Pass um soziale Benachteiligungen am gesellschaftlichen Leben auszugleichen. Mit dem Maintal-Pass können kulturelle Angebote und Einrichtungen des öffentlichen Lebens, sowie Angebote des Maintaler Stadtverkehrs zu besonderen Konditionen in Anspruch genommen werden.</p> <p>Eine Ausweitung des Angebotes wäre eine freiwillige Leistung der Stadt Maintal. Finanzielle Auswirkungen lassen sich derzeit nicht beziffern.</p> <p>Mit freundlichen Grüßen i. A. Annette Kleem für den Fachbereich Soziales</p>
<p>Die Stadt Maintal ist aufgrund ihrer zentralen Lage zwischen den Staedten Hanau, Offenbach und Frankfurt ein idealer Standort fuer kleine und mittelgrosse Unternehmen. Die Stadt Maintal sollte eine Wirtschaftsfoerderungsgesellschaft gruenden mit der Aufgabe Gewerbeflaechen fuer klein- und mittelstaendische Betriebe zur Anmietung anzubieten und mit der weiteren Aufgabe Informationen zum Wirtschaftsraum vorzuhalten. Weiterhin sollte die Gesellschaft, zusammen mit Unterstuetzung der Stadt Maintal, Werbung fuer die Stadt als Gewerbestandort zu betreiben.</p>	<p>Die Staerkerung der Stadt Maintal als Gewerbesandort ist wichtig fuer ihr Image, fuer die soziale Lage ihrer Bevoelkerung und zur Stabilisierung ihres Finanzhaushaltes.</p>	<p>Stadtentwicklung, Umwelt und Mobilität</p>	<p>Sehr geehrter Herr Hahn,</p> <p>Ihr Vorschlag liegt grundsätzlich in der Zuständigkeit der Stadt Maintal, die Aufsichtsbehörde ist jedoch gem. § 127a Hessische Gemeindeordnung (HGO) zu beteiligen.</p> <p>Eine erste vorläufige Überprüfung des Vorschlages hat ergeben, dass dieser rechtlich nicht unproblematisch ist.</p> <p>Im Jahr 2005 hat der Hessische Landtag § 121 HGO neu gefasst und damit dem wirtschaftlichen Handeln der Kommunen enge Grenzen gesetzt. Seitdem müssen bei jeder Errichtung eines wirtschaftlichen Unternehmens der Stadt gem. § 121 Abs. 1 HGO folgende Voraussetzungen erfüllt sein:</p> <ul style="list-style-type: none"> - der öffentliche Zweck muss die wirtschaftliche Betätigung rechtfertigen und - die wirtschaftliche Betätigung muss in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Kommune und zum voraussichtlichen Bedarf stehen und - der Zweck darf nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt werden können (sog. "strenges Subsidiaritätsprinzip"). <p>Gem. § 121 Abs. 6 HGO ist vor einer entsprechenden Entscheidung eine Markterkundung durchzuführen. Einmal pro Wahlzeit hätte die Stadt Maintal zu prüfen, ob die Tätigkeit privaten Dritten übertragen werden kann. (§ 121 Abs. 7 HGO)</p> <p>Ob die Gründung und der langjährige Betrieb einer Wirtschaftsförderungsgesellschaft im Sinne der zitierten Vorschrift zulässig wäre, müsste rechtlich geprüft werden.</p> <p>Die finanziellen Auswirkungen sind derzeit nicht bezifferbar.</p> <p>Viele Grüße Frank Krause FB Hauptverwaltung</p>

<p>Sehr geehrte Damen und Herren, auch ich hätte einen Vorschlag zu machen, um unser Maintal noch etwas attraktiver zu machen. Die Natur hat uns so einen schönen Weiher (Gänseweiher) geschenkt. Die Bänke, die in der Nähe des Futterhauses stehen, sind alt und kaputt und es lässt sich nicht mehr so gut auf ihnen sitzen. Es sollten unbedingt zwei neue Bänke dort installiert werden. Dann können die Naturfreunde nach einem ausgiebigen Spaziergang auch auf dieser Seite des Weihers noch eine Weile entspannen und die Schönheit der Landschaft, die sich gerade hier zeigt, genießen. Dieser Vorschlag wurde eingereicht von Roswitha Erden, 63477 Maintal</p>		<p>Stadtentwicklung, Umwelt und Mobilität</p>	<p>Sehr geehrte Frau Erden,</p> <p>gerne gehen wir auf Ihren Vorschlag hinsichtlich der Erneuerung bzw. Ruhebänkestandorte am Gänseweiher ein.</p> <p>Da das langfristige Ziel der Stadt Maintal die kontinuierliche Verdichtung eines Netzes von Sitz- und Ruhemöglichkeiten gerade für Senioren und gehbehinderte Menschen im öffentlichen Raum vorsieht, sind wir für jede diesbezügliche Anregung dankbar.</p> <p>Ihr Vorschlag ist daher</p> <ul style="list-style-type: none"> • rechtlich unbedenklich • liegt in der Zuständigkeit der Stadt Maintal und • wird finanzielle Auswirkungen auf die Stadt Maintal haben, wobei die Mehrausgaben sich mit ca. 200 € pro neuer Waldruhebank in Grenzen halten und sich durch entsprechende Spenden bzw. als attraktives Geburtstagsgeschenk gedacht (Angebot der Stadt Maintal inkl. Standortwunsch und Spenderplakette) noch weiter reduzieren lassen. <p>Mit freundlichen Grüßen Jörg Wuff, i.A. des Fachdienstes Stadtentwicklung und Umwelt</p>
<p>Ein Betonring mit einem Gitter darüber, in dem Asche entsorgt werden kann. Kosten: Ein oder zweimal im Jahr zu leeren. Eventuell entstehen durch die vorhandene Pflege des Grillplatzes kaum Mehrkosten.</p>	<p>... der Grillplatz sauber bleibt. ... aufgewertet wird. ... Grillen ein weltweites Kulturerbe ist.</p>	<p>Kultur, Sport und Freizeit</p>	<p>Sehr geehrter Bodo,</p> <p>gerne gehen wir auf Ihren Vorschlag hinsichtlich der Aschecontainer für den Grillplatz in der Grünen Mitte ein.</p> <p>Vorausschicken möchten wir, dass an diesem Grillplatz äußerst stabile Grillmöglichkeiten aufgestellt waren, die lange Zeit bestanden, bevor sie dann doch dem Vandalismus zum Opfer gefallen sind.</p> <p>Hier unsere Kurzeinschätzung:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ihr Vorschlag liegt in der Zuständigkeit der Stadt Maintal • Ihr Vorschlag ist rechtlich nicht unbedenklich da die Fläche Teil des Landschaftsschutzgebietes „Stadt Maintal“ ist. Handlungen, wie z.B. das Lagern oder Feuer anzuzünden bedürfen vorab einer Genehmigung. • Die Kosten für Einrichtung und Unterhaltung lassen sich derzeit noch nicht beziffern. <p>Mit freundlichen Grüßen Jörg Wuff i.A. des Fachdienstes Stadtentwicklung und Umwelt</p>

<p>Auch der ruhende Kfz.-Verkehr verursacht Infrastrukturkosten durch breitere Straßen oder Parkbuchten. Deshalb sollte die Verwaltung prüfen, wie dieser zur Erhöhung der Einnahmen herangezogen werden könnte. Viele Städte haben z.B. Anwohner-Parkzonen ausgewiesen und stellen gegen Gebühren befristete Parkausweise aus. Betroffen wären alle Kfz.-Besitzer, die keinen Unterstellplatz auf einem privaten Grundstück nachweisen können oder die mehr Fahrzeuge haben als Unterstellplätze. Die Formen und Kriterien der Erhebung wären zu prüfen und in einer Satzung von der StVV zu beschließen. Benutzer öffentlicher Verkehrsmittel und Fahrradfahrer wären von den Gebühren nicht betroffen. Die Antragstellung lässt sich über Formblätter einfach gestalten. Die vorhandenen Ordnungspolizisten könnten die Kontrolle übernehmen.</p>	<p>zusätzliche Einnahmen für den Haushalt erzielt werden, die sich jährlich wiederholen.</p>	<p>Sicherheit und Ordnung</p>	<p>Sehr geehrter Herr Neumeier,</p> <ul style="list-style-type: none"> •eine erste Einschätzung der Verwaltung hat ergeben, dass der Vorschlag zur Einführung von Bewohnerparkvorrechten rechtlich bedenklich ist, weil die Voraussetzungen nach der Straßenverkehrsordnung in Maintal nicht erfüllt sind. <p>Die Voraussetzungen hierfür sind, dass</p> <ul style="list-style-type: none"> •mangels privater Stellflächen und aufgrund eines erheblichen allgemeinen Parkdrucks die Bewohner des städtischen Quartiers regelmäßig keine ausreichende Möglichkeit haben, in ortsüblich fußläufig zumutbarer Entfernung von ihrer Wohnung einen Stellplatz für ihr Kraftfahrzeug zu finden. •Die gesetzliche Regelung ist in erster Linie für Großstädte gedacht, in deren Innenstadtbereichen aufgrund generell fehlender privater Stellplätze, insbesondere in Altstadtbereichen, eine verschärfte Parkraumnorm vorhanden ist. •Unabhängig davon verlangt die Stellplatzsatzung für bauliche Anlagen mit Zu- und Abgangsverkehr den Nachweis von Garagen oder Stellplätzen. Bei Einfamilienhäuser sind 2 Stellplätze zu errichten, bei Mehrfamilienhäusern 1,5 Stellplätze je Wohneinheit. Wenn der tatsächliche Bedarf über die in der Stellplatzsatzung geforderte Anzahl hinausgeht, gibt es keine baurechtliche Grundlage die Errichtung weiterer Stellplätze zu fordern solange sich die Nutzung oder die Zahl der Wohneinheiten nicht ändert. Umgekehrt gibt es auch nicht die Pflicht die errichteten Stellplätze zu benutzen, nach der Satzung müssen Sie nur hergestellt werden <ul style="list-style-type: none"> •Der Vorschlag liegt in der Zuständigkeit der Stadt Maintal. •Die finanziellen Auswirkungen in Bezug auf personelle Mehraufwendungen und Mehreinnahmen können nicht beziffert werden. <p>Mit freundlichen Grüßen i.A. Heike Riedl, Fachdienst Ordnungsbehörde</p>
<p>Auf den größeren Straßen in Maintal (in Dörnigheim bspw. die Bahnhofstraße) sollten mehr stationäre "Blitzer"-Geräte installiert werden. Dies würde: a) die Sicherheit der Bevölkerung erhöhen, da dann dementsprechend langsamer gefahren wird, b) mehr Einnahmen für die Stadtkasse bedeuten. Die Anschaffungskosten müssten zwar finanziert werden (evtl. ist dies über einen vergünstigten Kredit möglich), nach einiger Zeit dürften diese sich aber amortisiert haben. Nach dieser Zeit stehen der Stadt dadurch mehr Einnahmen zur Verfügung.</p>	<p>So entsteht mehr Sicherheit für die Bevölkerung mit gleichzeitiger Erhöhung der Einnahmen.</p>	<p>Sicherheit und Ordnung</p>	<p>Sehr geehrter MRK_TE,</p> <ul style="list-style-type: none"> •Der Vorschlag ist rechtlich soweit bedenklich, dass stationäre Messanlagen nur an bestimmten Straßenabschnitten unter Berücksichtigung rechtlicher Vorgaben aufzubauen sind. <p>Diese sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> •Unfallhäufungspunkte •Unfallhäufungspunkte, an denen sich bereits geschwindigkeitsbedingte Unfälle ereignet haben •Strecken mit überdurchschnittlicher Unfallbelastung •Besonders schutzwürdige Zonen <p>•Die Stadt Maintal wäre für die Aufstellung stationärer Geschwindigkeitsmessanlage letztendlich zuständig/verantwortlich. Bevor eine neue Geschwindigkeitsmessanlage aufgebaut werden kann, ist es zwingend erforderlich, den Standort mit der Landespolizei sowie den zuständigen Straßenbaubehörden abzustimmen. Sollte eine der beiden anzuhörenden Behörden aus den oben aufgeführten Gründen den Standort für nicht geeignet halten, wäre eine Inbetriebnahme ausgeschlossen.</p> <p>•Pro neuer Anlage ist mit Investitionskosten in Höhe von ca. 70.000,-- Euro zu rechnen. Für die Unterhaltung wie Wartung, Eichung und sonstiger Reparaturarbeiten wären nochmal mit jährlichen Kosten in Höhe von ca. 4.000,-- Euro zu kalkulieren. Da nach neuester Rechtsprechung vor allen stationären Messanlagen zukünftig ein Hinweisschild (Warnschild) anzubringen ist, kann eine Prognose über die zu erwartende Einnahmesituation nicht abgegeben werden.</p> <p>Mit freundlichen Grüßen i.A. Heike Riedl, Fachdienst Ordnungsbehörde</p>

<p>Bürgerhaushalt Der Bürgerhaushalt ist nichts weiter als ein Schuß in den Ofen. Welcher Bürger könnte es schon besser machen, als diejenigen, die den Haushalt aufstellen. Jeder denkt doch von sich, daß er seine Arbeit optimal gemacht hat. Jeden Gegenvorschlag wird er als Angriff auf seine Arbeit verstehen und seinen Entwurf mit Klauen und Zähnen verteidigen. Ich sage voraus, daß mehr als 95 Prozent der Bürgervorschläge von der städtischen Verwaltung abgeschmettert werden und die Stadtverordnetenversammlung dann entsprechend beschließt. Mein erster Vorschlag ist, die über 78.000 Euro für den Bürgerhaushalt einzusparen. Dazu braucht man nicht Experten aus Wiesbaden zu holen, denn die Bürger sollen ja die Experten sein. Wenn diese ihre Vorschläge auf der entsprechenden Seite im Internet eintragen oder einen Zettel im Stadtladen abgeben, ist der Zweck auch erreicht. Für den Bereich zusätzliche Ausgaben wollte ich nur einen einzigen Vorschlag machen, nämlich Einrichtung einer Bushaltestelle in der Wachenbucher Straße im Bereich Konrad-Höhl-Straße. Dies war schon einmal von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen worden, ein Gutachten war angefertigt worden, das Geld stand im Haushaltsplan, wurde aber ander-weitig ausgegeben. Wer kontrolliert eigentlich die Umsetzung des Haushaltsplans? Aber diesen Beschluß und das Gutachten scheint die Verwaltung und die Stadtverordnetenversammlung vergessen zu haben, niemand kann sich mehr daran erinnern.</p>		Finanzen und Verwaltung	<p>Hallo Herr Heckert,</p> <p>zu Ihrem Vorschlag "Einrichtung einer Bushaltestelle in der Wachenbucher Straße im Bereich Konrad-Höhl-Straße" möchten wir folgende Einschätzung abgeben:</p> <p>Die Einrichtung von Bushaltestellen fällt in den Zuständigkeitsbereich der Stadt Maintal.</p> <p>In der Wachenbucher Straße waren im Bereich der Konrad-Höhl-Straße beidseitig Bushaltestellen geplant. Es ergaben sich jedoch Zweifel hinsichtlich der Verkehrssicherheit. Die Querung der Straße, insbesondere von Schulkindern wäre ein Sicherheitsrisiko. Auch der an der Einmündung endende Radweg wurde als Gefahrenpunkt angesehen. Daraufhin hat die für Maintal zuständige Polizeistation ihre Zustimmung verweigert. Daher ist Ihr Vorschlag rechtlich nicht zulässig.</p> <p>Jedoch ist zwischenzeitlich im nördlichen Bereich eine neue Bushaltestelle geschaffen worden. Diese liegt unmittelbar im Bereich der beiden Schulen und dient zukünftig auch als Zustiegsmöglichkeit für die Bewohner des neuen Baugebietes „Am Weides“.</p> <p>Viele Grüße Frank Krause FB Hauptverwaltung</p>
<p>Seit 2001 werden mit Baumpflanzaktionen am Internationalen Frauentag, aktive Frauen geehrt, die nicht in der ersten Reihe stehen, aber für das Zusammenleben Unverzichtbares ehrenamtlich leisten. Leider ist die Anlage nicht sehr gepflegt und vermittelt kein schönes Bild. Es wäre sehr zu wünschen, dass die Pflege regelmässig von der Stadt Maintal übernommen werden sollte. Es ist im Moment kein schöner Anblick und leider den vielen engagierten, geehrten Frauen nicht würdig. Die Gestaltung des Frauenhains am Dörnigheimer Mainufer, sollte ein Dankeschön an all diese Frauen sein.</p>	<p>der Frauenhain ziemlich einzigartig in Hessen ist. Sehr viele Radfahrer und andere kommen am Dörnigheimer Mainufer vorbei. Es könnte ein sehr schöner Platz werden und mit einigen Sitzgelegenheiten zum Verweilen einladen.</p>	Stadtentwicklung, Umwelt und Mobilität	<p>gerne gehen wir auf Ihre Anregung hinsichtlich der Pflege des Frauenhains in der Mainaue ein. Ab dem nächsten Jahr werden wir eine regelmäßige Grundpflege (eine zweimalige Wiesenmahd pro Jahr und eine einmalige Baumpflege pro Jahr) durchführen. Weitere Aufwertungen sind zurzeit nicht vorgesehen, da sich eine neue Stadtleitbildgruppe „Mainufer“ gegründet hat, die sich unter anderem mit diesem Bereich beschäftigen wird. Wir wollen den Ideen und Planungen aus der Stadtleitbildgruppe nicht vorgreifen.</p> <p>Ihr Vorschlag ist daher</p> <ul style="list-style-type: none"> •rechtlich unbedenklich •liegt in der Zuständigkeit der Stadt Maintal und •wird sich finanziell auf die Stadt Maintal auswirken. Die Kosten für eine intensivere Rasenpflege betragen ca. 5.000 €/ Jahr. <p>Mit freundlichen Grüßen Jörg Wuff, i.A. des Fachdienstes Stadtentwicklung und Umwelt</p>

<p>Die Stadt Maintal sollte sich mit einem höheren Budget an dem Ausbau der Nordmainischen S-Bahn beteiligen!</p>	<p>Maintaler Bürger schneller und komfortabler nach Frankfurt kommen kann</p>	<p>Stadtentwicklung, Umwelt und Mobilität</p>	<p>Sehr geehrter, Sehr geehrte "maintaldoernigheim",</p> <p>die Kosten für die Nordmainische S-Bahn sind im Wesentlichen zu 1/3 von der Stadt Maintal zu übernehmen, in speziellen Fällen kann die Kostenteilung auch davon abweichen, zum Beispiel sind die Kosten für die Beseitigung des Bauhnübergangs Eichenheege allein von der Stadt Maintal zu tragen. Die Kostenverteilung wird in den Vorschriften des Eisenbahnkreuzungsgesetzes geregelt.</p> <p>Der Vorschlag fällt unter die Zuständigkeit der Stadt Maintal und ist rechtlich zu prüfen, da es eine Rechtsgrundlage für die Kostenteilung gibt.</p> <p>Die Finanzielle Auswirkungen können bei diesem Vorschlag nicht beurteilt werden, da nicht beziffert wird in welcher Höhe sich die Stadt Maintal beteiligen soll, es wird aber zu erheblichen Aufwendungen der Stadt Maintal führen.</p> <p>Mit freundlichen Grüßen, Jörg Wuff i.A. des Fachdienstes Stadtentwicklung und Umwelt</p>
<p>Mit der beschlossenen großflächigen Überplanung und Renaturierung des Weidbach / Landgraben zwischen Bischofsheim, Hochstadt, A66 und Bischofsheimer Straße, sollte eine Wegereform des genannten Gebietes geplant und umgesetzt werden. Ziel die beiden Unterführungen der Querspange für den fußläufigen und Radverkehr jeweils in direkter Verbindung an die Goethestraße (nördlich und südlich der Albert Einstein Schule, plus „Hintereingang“) zu schaffen.</p>	<p>Die Renaturierung und die damit verbundenen Maßnahmen bieten eine einmalige Gelegenheit vorhandene Verbindungen zwischen den jeweiligen Zielen (Furten, auch Brücke über A66) wesentlich zu verbessern. Die genannte Fläche könnte durch eine Überplanung, mit Berücksichtigung naturnaher, unterschiedlicher Gestaltung zur Nutzung, in diesem Zusammenhang eine wesentliche Aufwertung erfahren.</p>	<p>Stadtentwicklung, Umwelt und Mobilität</p>	<p>Sehr geehrter Herr Hugo,</p> <p>Ihr Vorschlag bezieht sich auf eine Maßnahme im Rahmen der Gewässerrahmenplanung. Beabsichtigt ist die Renaturierung des Landgrabens. Im Zusammenhang mit der Maßnahme, hier der Umgestaltung des Gewässers in einen natürlichen Verlauf, ist eine Grundstücksneuordnung bzw. Grunderwerb notwendig.</p> <p>Die Maßnahme ist im Gewässerrahmenplan als eine langfristige Maßnahme dargestellt, die nicht unmittelbar zur Umsetzung ansteht.</p> <p>Der Vorschlag fällt in die Zuständigkeit der Stadt Maintal und ist rechtlich unbedenklich, im Zusammenhang mit einer Grundstücksneuordnung bzw. dem Grunderwerb kann eine Veränderung des Wegeverlaufs im Sinne einer Wegeverkürzung geprüft werden.</p> <p>Über die finanziellen Auswirkungen kann ohne konkrete Planung noch keine Aussage getroffen werden.</p> <p>Freundliche Grüße Jörg Wuff, i.A. des Fachdienstes Stadtentwicklung und Umwelt</p>
<p>Die Stadt Maintal hat einen grossen Bedarf fuer Massnahmen zur Aufwertung des Stadtbildes, ihres Images und als Ausflugsziel. Ein Stadtkunstprogramm sollte zum Ziel haben die Strassen, Plaetze und auch Verkehrsinseln durch das Errichten von oeffentlichen Kunstwerken aufzuwerten und zum Besuch interessant zu machen. Weiterhin waere es moeglich eine Kunstveranstaltung aufzubauen, z.B. eine "Apfelparade" in Anlehnung an die erfolgreichen "Kuhparaden" in Chicago und Edinburg, welche eine Vielzahl von Besuchern in diese Staedte zog. Einige Ideen zur Apfelparade waere z. b. die Kreation eines Stierapfels, eines Tagesanzeigerapfels, eines Hochstadtapfels usw.</p>	<p>Stadtumfeldverbesserungen und Ausstellungen im oeffentlichen Raum koennen das Image einer Stadt wesentlich verbessern und bringen Besucher, was wiederum der lokalen Wirtschaft zugute kommt. Die Verbesserung des kulturellen Images der Stadt verbessert auch ihre Moeglichkeiten Investitionen aus diesem Bereich in die Stadt zu bekommen. Dadurch entsteht ein breites Band fuer Wirtschaftsaktivitaeten und damit zur Verbesserung der Finanzsituation der Stadt.</p>	<p>Stadtentwicklung, Umwelt und Mobilität</p>	<p>Sehr geehrter Herr Hahn,</p> <p>Ihr Vorschlag fällt in die Zuständigkeit der Stadt Maintal und ist rechtlich unbedenklich. Die Umsetzung des Vorschlages wäre eine freiwillige Leistung der Stadt Maintal. Personelle und finanzielle Auswirkungen lassen sich derzeit nicht beziffern. Es ist mit Mehrausgaben in unbestimmter Höhe zu rechnen.</p> <p>Viele Grüße Frank Krause FB Hauptverwaltung</p>

<p>Die Stadt Maintal erstellt in Zusammenarbeit mit anderen Behörden einen jährlichen Bericht zum Thema Reichtum und Armut in der Stadt. Dieser wird in geeigneter Form öffentlich gemacht.</p>	<p>Dieses Thema spielt in fast alle Bereiche der städtischen Politik hinein, erlaubt eine genauere Fokussierung auf das, was notwendig ist. Daraus ergeben sich Daten, die u.a. bei der Sozialpolitik und der Stadtentwicklung notwendige Grundlagen für die zukünftige Entwicklung Maintals liefern können.</p>	<p>Soziales</p>	<p>Sehr geehrter Herr Klaus,</p> <p>der Vorschlag ist rechtlich zulässig und fällt in die Zuständigkeit der Stadt Maintal.</p> <p>Eine umfassende Datenbasis und eine differenzierte Darstellung der sozialen Lage der Maintaler Bevölkerung wären eine notwendige Voraussetzung für die Erstellung eines Berichtes zum Thema Reichtum und Armut in Maintal.</p> <p>Personelle und finanzielle Auswirkungen lassen sich nicht beziffern.</p> <p>Mit freundlichen Grüßen i. A. Annette Kleem für den Fachbereich Soziales</p>
<p>Nächstes Jahr wird Maintal 40, m.E. eine ausreichende Zeit um zu erkennen, ob die verwaltungstechnischen Gründe recht behalten haben. Inzwischen haben sich die Kommunikationsformen und Lebensbedingungen der Menschen geändert. Ich rege an, über eine stufenweise, größere Eigenverwaltung der Stadtteile im Sinne von x% der Einnahmen nachzudenken. Das kann die Funktion eines Stadtteilbeirats sein. Wahrscheinlich bin ich nicht der Einzige, der sich als Bischofsheimer weniger bis gar nicht für Entscheidung über einen Funkmast in Wachenbuchen oder dortige DSL-Probleme interessiert. Umgekehrt kann ich verstehen, wenn man in Wachenbuchen wenig Interesse für die Gestaltung des Marktplatzes in Bischofsheim zeigt. Es geht nicht darum, die Gebietsreform rückgängig zu machen! Alexander Pätzelt</p>	<p>Die Identifikation der Bürger mit ihrer näheren Umgebung (Stadtteile) wird gestärkt, auch wenn es sicher zunächst nur kleine Beträge sind ("Taschengeld"). Die Vielfalt in Maintal wird sich erhöhen und damit in der Summe die Attraktivität Maintals. Ich erwartet dadurch stärkeres Bürgerinteresse für Entscheidungen der Stadtverwaltung, v.a. wenn sie das Gefühl haben, dass über die Verwendung "eigenen" Geldes zur Verwendung in unmittelbarer Umgebung entschieden wird.</p>	<p>Finanzen und Verwaltung</p>	<p>Sehr geehrter Herr Pätzelt,</p> <p>Ihr Vorschlag fällt in den Zuständigkeitsbereich der Stadt Maintal und ist rechtlich zulässig. Die Umsetzung Ihres Vorschlages setzt einen entsprechenden Beschluss der Stadtverordnetenversammlung voraus. Die finanziellen Aufwendungen lassen sich derzeit nicht beziffern, dies würde nicht zuletzt von der entsprechenden Ausgestaltung der Bürgerbeiräte - bzw. Ortsbeiräte im Sinne von § 81 Hessischer Gemeindeordnung - abhängen.</p> <p>Viele Grüße Frank Krause FB Hauptverwaltung</p>
<p>Ich hab auf einem Campingplatz mal Hundetoiletten gesehen, da einige Hundebesitzer den Kot ihres Tieres doch nicht wegräumen oder das Tier vielleicht Durchfall hat, wäre ein Ort wo der Hund seinem Geschäft nachgehen kann vielleicht eine gute Lösung. Bevor dies in der ganzen Stadt umgesetzt wird, sollte man testweise ein oder zwei Hundetoiletten aufbauen. Die Toiletten sehen so aus, dass eine Sandfläche von 1,5-2,5 Metern zum Quadrat an dreieinhalb Seiten eingezäunt war. Hier kann der Hund sich eine Ecke oder einen Pfosten suchen und sein Geschäft verrichten. Angekette Schuppen können Helfen, dass die Hinterlassenschaft vergraben wird. Selbst habe ich keinen Hund, fand die Idee aber erwähnenswert.</p>	<p>Ein gepflegtes Zusammenleben von Mensch und Tier. Hundehalter bekommen eine Gegenleistung für ihre Steuergelder. Hundehalter und Gartenbesitzer profitieren davon, erstere haben endlich einen Ort wo sie ihren Hund machen lassen können, zweitere haben weniger Grund zum Klagen.</p>	<p>Sonstiges</p>	<p>Sehr geehrter Bodo,</p> <p>inwieweit eine solche Einrichtung von den Hundehaltern angenommen wird, ist nicht einzuschätzen. Darüber hinaus fällt Ihr Vorschlag in die Zuständigkeit der Stadt Maintal und ist rechtlich unbedenklich. Personelle und finanzielle Auswirkungen für die Errichtung, Unterhaltung und Reinigung der vorgeschlagenen Anlage lassen sich derzeit nicht beziffern. Es ist mit Mehrausgaben in unbestimmter Höhe zu rechnen. Ihr Vorschlag kann auch in der neuen Stadtleitbildgruppe „Mainufer“ eingebracht werden.</p> <p>Mit freundlichen Grüßen Jörg Wuff i.A. des Fachdienstes Stadtentwicklung und Umwelt</p>
<p>Es wäre für alle Maintaler Bürger empfehlenswert eine Schnellbusverbindung zwischen den 4 Maintaler Stadtteilen zu machen, in denen der Bus jeweils nur an einer Haltestelle hält.</p>	<p>man viel schneller zwischen den Stadtteilen pendeln kann</p>	<p>Stadtentwicklung, Umwelt und Mobilität</p>	<p>Sehr geehrte Dame, sehr geehrter Herr maintaldoernigheim,</p> <p>aufgrund der Komplexität des Themas können wir nur eine erste Einschätzung zu Ihrem Vorschlag abgeben. Ihr Vorschlag ist rechtlich unbedenklich und fällt in den Zuständigkeitsbereich der Stadt Maintal.</p> <p>Die Kosten sind derzeit nicht zu beziffern, sie hängen natürlich erheblich davon ab, wie die Linien getaktet und genutzt werden. Grundsätzlich geben wir zu bedenken, dass es gerade in den großen Stadtteilen Dörnigheim und Bischofsheim der Bevölkerung schwierig vermittelbar sein wird, dass jeweils nur eine Haltestelle bedient wird.</p> <p>Außerdem geben wir zu bedenken, dass die Einrichtung der von Ihnen gewünschten Schnellbuslinien in Konkurrenz zu den übrigen Busverbindungen treten würde und deren Fahrgastaufkommen entsprechend geringer würde. Ob die Einrichtung von Schnellbuslinien ein gleichwertige Erhöhung des Fahrgastaufkommens bewirkt, ist zumindest zweifelhaft.</p> <p>Viele Grüße Frank Krause FB Hauptverwaltung</p>

<p>5. Bei den Zuschüssen an die Vereine sollte man auch beachten, welches Geldvermögen der Verein hat und welches seine durchschnittlichen Ausgaben sind (eine „Rücklage“ die höher ist der zehnfache Jahresbetrag ist nicht nötig).</p>		<p>Kultur, Sport und Freizeit</p>	<p>Hallo Herr Heckert,</p> <p>die Frage erfüllt die Kriterien der rechtlichen Unbedenklichkeit und behandelt eine Aufgabe der Stadt Maintal.</p> <p>Im Schnitt werden pro Jahr ca. 130 Zuschüsse an 100 Vereine ausgezahlt. Die Vereine reichen in der Regel ihren Antrag bei der Stadt Maintal ein, dieser Antrag wird auf die Förderwürdigkeit anhand der Förderrichtlinien der Stadt Maintal überprüft. Erfüllt der Antrag die Kriterien und sind noch ausreichende Finanzmittel vorhanden, wird dem Verein der Zuschuss bewilligt. Zusätzlich wäre es möglich, den Verein dazu aufzufordern eine Bilanz sowie einen Verwendungs-/Planungsnachweis für die gebildeten Rücklagen mitsamt Antrag einzureichen. Die Bilanz wäre ebenfalls zu prüfen.</p> <p>Vorraussetzung wäre, dass die Förderrichtlinien geändert werden. Bisher gezahlte Vereinszuschüsse werden ggf. eingespart. Personalkosten werden sich erhöhen, da die anfallende Mehrarbeit bewältigt werden muss.</p> <p>Ob die Einsparungen die anfallenden Mehrkosten abdecken oder übersteigen, lässt sich zum derzeitigen Zeitpunkt nicht beziffern, da nicht bekannt ist, wie die Kriterien innerhalb der Förderrichtlinien geändert würden und welche Anzahl an Vereinen letztlich betroffen wären.</p> <p>Viele Grüße Frank Krause</p>
<p>Veranlasst durch einen Leserbrief im Maintaler Tagesanzeiger und dem bereits eingereichten Vorschlag "Effiziente Nutzung der Bürgerhäuser" (Kommentare siehe dort) schlage ich vor, dass die Nutzer der Duschen in Bürgerhäusern und Maintalhalle einen eigenen Beitrag für die Kosten für das warme Wasser und den Umlagen leisten sollten</p>	<p>Alle für Einen ... passt hier nicht</p>	<p>Sonstiges</p>	<p>Sehr geehrter Rudi54,</p> <p>der Vorschlag ist rechtlich unbedenklich und liegt in der Zuständigkeit der Stadt Maintal.</p> <p>Für die Benutzung der städt. Hallen durch die Vereine wird eine nach wöchentlichen Übungsstunden gestaffelte Kostenpauschale erhoben, die allerdings aus dem Titel Vereinsförderung erstattet wird und die Vereine somit finanziell nicht belastet.</p> <p>Sicher könnte die Kostenpauschale erhöht werden und/oder die Vollbezuschung reduziert werden oder das „Warmduschen“ nur zu bestimmten Veranstaltungen und gegen Gebühr freigegeben werden oder man könnte Duschmarken verkaufen etc.. Möglichkeiten gibt es viele. Hierbei ist jedoch zu beachten, dass der zu betreibende Aufwand nicht den Ertrag übersteigt.</p> <p>Mit freundlichen Grüßen Jörg Wuff i.A. des Fachdienstes Gebäudeverwaltung</p>
<p>Ich rege an für alle Fachbereiche Bürgerbeiräte zu gründen, deren Zusammensetzung, Wahl, Entscheidungen, Diskussionen vollständig offengelegt werden. Das Problem jeder Wahl ist für mich, dass wir rückblickend betrachtet während der Amtsperiode immer öfter wichtige Entscheidungen kurzfristig getroffen werden müssen. Der Bürger und sein gewählter Vertreter wissen aber heute noch nicht welche das sein werden, geschweige denn wie er sich dazu positionieren wird. Im Bereich der Kinderbetreuung erfolgt das nach meinem Eindruck sehr gut. Ich denke aber eher an wirtschaftliche Entscheidungen wie den Sinn erneuerbarer Energien auf städtischen Objekten, Umbau von Beleuchtungsanlagen etc. Überall dort, wo man teuer "Expertenrat" einkaufen müsste, es dann aber aus Kostengründen nicht tut, es wahrscheinlich aber mind. ein Dutzend Maintaler gibt die sich darin auch auskennen. Alexander Pätzelt</p>	<p>Legales, öffentliches Mittel sich als Bürger einzubringen, v.a. wenn es öffentlich geschieht (Vorschläge fallen nicht unter den Tisch). Gegengewicht zu parteipolitischem Ränkespiel in der Stadtverordnetenversammlung.</p>	<p>Finanzen und Verwaltung</p>	<p>Sehr geehrter Herr Pätzelt,</p> <p>Ihr Vorschlag fällt in den Zuständigkeitsbereich der Stadt Maintal und ist rechtlich zulässig. Die Umsetzung Ihres Vorschlages setzt einen entsprechenden Beschluss der Stadtverordnetenversammlung voraus. Die finanziellen Aufwendungen lassen sich derzeit nicht beziffern, dies würde nicht zuletzt von der entsprechenden Ausgestaltung der Bürgerbeiräte abhängen.</p> <p>Viele Grüße Frank Krause FB Hauptverwaltung</p>

<p>Auch wenn all diese Städtepartnerschaften sehr lobenswert sind, so gehen sie größtenteils auf persönliche Kontakte zurück und werden auch von solchen gepflegt. Manche verbinden es sogar mit ihrem Urlaub. Die Trägervereine würden die Verbindungen aufrecht erhalten und es wäre den "Hauptamtlichen" Maintals freigestellt, wie sie zu entsprechenden Anlässen repräsentieren.</p>	<p>...es eine nette europäische Geste ist, aber wohl kaum dem Gemeinwohl dient.</p>	<p>Kultur, Sport und Freizeit</p>	<p>Hallo Herr Klee, der Vorschlag ist rechtlich zulässig und liegt in der Organisationshoheit der Stadt Maintal.</p> <p>Allerdings möchte ich darauf hinweisen, dass seit Jahren ein Partnerschaftsverein in Maintal existiert, der auch den größten Teil der Partnerschaftspflege übernimmt. Zur Vermeidung von Wiederholungen sei hier auf die Ausführungen von Herrn Kaiser verwiesen.</p> <p>Neben dem Zuschuss für den Partnerschaftsverein i.H.v. 14.000 € stehen für den Finanzaufwand der Stadt Maintal üblicherweise 1.000 € zur Verfügung.</p> <p>Abweichend davon stehen für 2013 5.000 € mehr zur Verfügung, damit sollen die Feierlichkeiten zum 40. Jubiläum der Partnerschaft mit Luisant und zum 20. Jubiläum der Partnerschaft mit Esztergom unterstützt werden.</p> <p>Viele Grüße Frank Krause</p>
<p>Wie ich gelesen habe, hat die Stadtverordnetenversammlung am 8.12.2008 beschlossen: "Auf betriebsbedingte Kündigungen wird grundsätzlich verzichtet". Dieser Beschluß sollte aufgehoben werden. Die Stadt macht jährlich 2-3 Mio. € neue Schulden. Und das seit Jahrzehnten. Wesentlicher Teil der Ausgaben der Stadtverwaltung entfallen auf die Personalkosten. Jedes Unternehmen das jedes Jahr Verluste macht, muss an den Ausgaben für Lohnkosten sparen. Auch die Stadt sollte so viele Mitarbeiter betriebsbedingt entlassen, wie nötig ist, um wieder schwarze Zahlen zu schreiben. Voraussetzungen der betriebsbedingten Kündigung lassen sich z.B. hier nachlesen: http://www.hensche.de/Rechtsanwalt_Arbeitsrecht_Handbuch_Kuendigung_Betriebsbedingt.html</p>	<p>es den Schuldenberg abbauen hilft.</p>	<p>Finanzen und Verwaltung</p>	<p>Sehr geehrter Herr Tron, eine erste Prüfung Ihres Vorschlages hat ergeben, dass dieser in den Zuständigkeitsbereich der Stadt Maintal fällt. Die Umsetzung Ihres Vorschlages muss unter Beachtung der einschlägigen Rechts- und Tarifvorschriften erfolgen.</p> <p>Die finanziellen Auswirkungen sind derzeit nicht bezifferbar, da betriebsbedingte Kündigungen nur in den Fällen zulässig sind, in denen Aufgaben, die durch die Stelleninhaber wahrgenommen werden, ersatzlos entfallen. Ob und welche Aufgaben zukünftig nicht mehr durch die Stadtverwaltung Maintal wahrgenommen werden sollen, müsste vorab durch die zuständigen Stellen beschlossen werden.</p> <p>Viele Grüße Frank Krause FB Hauptverwaltung</p>
<p>Die hohe Qualität der Kinderbetreuung in Maintal wird als wichtiger Standortfaktor für junge Familien angesehen. Dennoch sollte exakt beschrieben werden, wie hoch das Plus an Qualität gegenüber der Pflichtleistung ist, damit ein Abgleich erfolgen kann, was wirklich notwendig ist und was in welchem Maß durch die Gebührenhöhe abgedeckt ist. Bei den "Fragen und Antworten" wurde dieser Faktor mit 500.000 € beziffert. Auch sollte erläutert werden, welcher finanzieller Nutzen im Sinne des Gemeinwohls dadurch entsteht. Die Bürger und die Politik können dann besser über entsprechende Haushaltsmaßnahmen entscheiden.</p>	<p>Wir sollten uns nur das leisten, was wirklich notwendig ist. Haben Eltern für ihre Kinder höhere Ansprüche, sollten sie für das Plus an Qualität auch einen angemessenen Anteil über die Gebühren übernehmen. Der Standard muss jedoch gewährleisten, dass allen Kindern alle Wege in Zukunft offen stehen. Wir müssen auf Kosten der Allgemeinheit keine Eliten züchten.</p>	<p>Kinder, Jugend, Familie und Senioren</p>	<p>Hallo Herr Klee, seit 2001 wird in Maintal das Maintaler Jahresarbeitszeitmodell JAM auf Beschluss der Stadtverordnetenversammlung umgesetzt. Das JAM ist damals in einer breit angelegten Projektgruppe entwickelt worden und findet sowohl in den Kitas und der Verwaltung als auch bei Eltern und der Politik eine breite Unterstützung. Wesentlicher Bestandteil von JAM ist, dass die über die Jahre hin entwickelten Qualitätsstandards benannt und in Stunden beziffert werden. Sie finden Eingang in die Profile der Einrichtungen und in die einzelnen Arbeitsprofile jeder Erzieherin. Diese Qualitätsstandards sind die unmittelbaren Einflussfaktoren auf die Bildungsqualität, die den Kindern und ihren Familien damit zugute kommt. Im Zuge der Konsolidierungsdebatte 2011 hat sich erneut eine AG aus Politik, Stadtelternbeirat, Kindertagesstätten und Verwaltung mit dem Thema der Qualität in Kitas auseinander gesetzt. Auch hier gab es wieder einen breit angelegten überparteilichen Konsens über die Beibehaltung von JAM.</p> <p>Übrigens kommt diese Bildungsqualität nicht irgendwelchen „Eliten“ zugute, sondern der Mehrheit aller Maintaler Kinder aus allen gesellschaftlichen Schichten und Gruppen.</p> <p>Viele Grüße Olivia Metzendorf i.A. des Fachbereichs Kinder, Jugend und Familie</p>

<p>Es sollte in Maintal eine Schuldenbremse als Selbstverpflichtung eingeführt werden, die verhindert, dass ein Haushalt mit negativem Ergebnis beschlossen wird. Ähnlich den Schuldenbremsen die schon in Hessen und im Bund beschlossen sind. Durch die Schuldenbremse ist garantiert, dass nur noch ausgeglichene Haushalte beschlossen werden dürfen. Die Schuldenbremse sollte so ausgelegt sein dass bei Haushalten mit negativen Zahlen automatisch gilt, dass bei allen freiwilligen Leistungen prozentual gekürzt wird, bis der Haushalt ausgeglichen ist. Damit könnte die Politik dazu gebracht werden, statt Haushalte mit immer neuen Schulden zu beschließen endlich wahrhaft zum Sparen zu kommen.</p>	<p>damit verhindert wird, dass die Stadt weitere Schulden anhäuft.</p>	<p>Finanzen und Verwaltung</p>	<p>Hallo Tron,</p> <p>Ihr Vorschlag ist rechtlich unbedenklich, da sich die Stadtverordnetenversammlung dies per Beschluss auferlegen kann.</p> <p>Die Zuständigkeit ist bei der Stadt.</p> <p>Personelle Auswirkungen können bei der pauschalen Darstellung des Vorschlags noch nicht abgesehen werden, da damit noch nicht feststeht, in welchen Bereichen eingespart wird.</p> <p>Mit freundlichen Grüßen Inka Wesemann FD Finanzen und Beteiligungen</p>
<p>Für einen Listenhund muss in Maintal eine jährliche Hundesteuer von Euro 512,00 bezahlt werden. In anderen Gemeinden, wird diese Steuer reduziert, wenn der Hund die Begleithundeprüfung bestanden hat, z.B. in Hanau wird von Euro 500,00 auf Euro 120,00 reduziert.</p>	<p>ein Hund, der mit seinem Besitzer die Begleithundeprüfung bestanden hat, sich sicher und aggressionslos verhält. Der Besitzer lernt, mit seinem Hund verantwortungsvoll im öffentlichen Raum umzugehen.</p>	<p>Finanzen und Verwaltung</p>	<p>Hallo Kira,</p> <p>Ihr Vorschlag ist rechtlich unbedenklich.</p> <p>Da es sich bei der Hundesteuer um eine Gemeindesteuer handelt, liegt die Zuständigkeit hierfür bei der Stadt Maintal.</p> <p>Eine Herabsetzung der Hundesteuer für sogenannte Listenhunde, welche eine Begleithundeprüfung absolviert haben, wäre rechtlich möglich. Hierfür würde es jedoch einer Änderung der Hundesteuersatzung bedürfen.</p> <p>Die finanziellen Auswirkungen wären abhängig davon, auf welchen Betrag der Steuersatz für Listenhunde mit absolvierter Begleithundeprüfung reduziert werden würde sowie von der Anzahl der betroffenen Hunde.</p> <p>Laut Erfahrungen umliegender Städte und Gemeinden, wie beispielsweise Hanau, welche eine solche Reduzierung durchführen, dürfte die Anzahl der betroffenen Hunde und somit auch die finanziellen Auswirkungen eher gering sein.</p> <p>Mit freundlichen Grüßen Inka Wesemann i.A. des Fachdienstes Steuern</p>
<p>Der 1. Stadtrat ist in der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) für Maintal wegen der geringen Grösse der Stadt nicht vorgesehen und kostet die Stadt 176.400 € im Jahr. Das Amt sollte abgeschafft werden. Inwieweit und ob dann Ersatz beschafft werden muß und wieviel man am Ende sparen kann ist umstritten. Dazu gibt es von verschiedenen Richtungen unterschiedliche Meinungen und Berechnungen. Laut Bürgermeister lassen sich nur 18.150 € pro Jahr dadurch sparen. Laut GAM, die sich ebenfalls auf die Berechnung des Bürgermeisters beruft, diese aber anders auslegt, immerhin 87.900 € pro Jahr. Also sprechen wir hier von 176.400 € bis 18.150 €. Ich finde, man sollte einfach mal versuchen ob man den 1. Stadtrat wirklich braucht oder ob es geht wie in anderen Gemeinden von Maintals Grösse auch und man auf das Amt verzichten kann. Immerhin war man in Maintal ja auch überzeugt, dass es ohne 2. Stadtrat nicht geht. Auf dem hat damals Bürgermeister Unger bestanden, wie jetzt Bürgermeister Rohrbach auf dem 1. Stadtrat. Aber als er weg war hat man gar nicht gemerkt, dass was fehlte. Ich weiss dass das Thema in der Politik heiss diskutiert wird. Aber warum sollte man heisse Eisen aus dem Bürgerhaushalt raus lassen. Da gibt es viele Vorschläge wo es nur um Peanuts oder geringere Vorschläge geht. Also sollten wir auch den grossen Brocken diskutieren.</p>	<p>Es monatlich Geld spart was dann für andere Sachen ausgegeben oder gespart werden kann.</p>	<p>Sonstiges</p>	<p>Sehr geehrter Herr Tron,</p> <p>Ihr Vorschlag fällt in die Zuständigkeit der Stadt Maintal. Er wäre rechtlich zulässig, sobald § 7 der Hauptsatzung durch die Stadtverordnetenversammlung entsprechend geändert würde.</p> <p>Viele Grüße</p> <p>Frank Krause</p> <p>FB Hauptverwaltung</p>

<p>Über die Gebühren in den Kindertagesstätten ist ja gerade erst nach langem Hin und Her beschlossen worden. Aber ich wundere mich, daß der Höchstbetrag bei 250 oder 300 Euro liegt. Andere Gemeinden fangen bei 500 Euro erst an, und zwar ohne jede Staffel. Dennoch ist die Staffelung natürlich gut für die weniger gut Gestellten. Aber die Beserverdienenden könnten durchaus mehr an den Kosten beteiligt werden, denn durch die Kinderbetreuung wird ihnen ja ein guter Verdienst ermöglicht.</p>		<p>Kinder, Jugend, Familie und Senioren</p>	<p>Hallo Herr Heckert,</p> <p>im Zuge der Diskussion um die Gebühren für die Kindertagesstätten hat sich die Stadtverordnetenversammlung entschieden, erneut eine soziale Staffelung zu verankern und die derzeit gültigen Preise festzulegen.</p> <p>Gesetzeskonform wäre auch eine Gebührensatzung ohne Staffelung. Was die Gebührenhöhe angeht, liegt Maintal bei den Höchstsätzen deutlich oberhalb des regionalen Durchschnittes.</p> <p>Ein Preis in Höhe von 500 € ohne soziale Staffelung für einen Kita-Platz wäre rechtlich sicherlich bedenklich, da damit de facto der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz für alle Kinder nicht mehr zu verwirklichen wäre.</p> <p>Viele Grüße Olivia Metzendorf i.A. des Fachbereichs Kinder, Jugend und Familie</p>
<p>Das Gesundheitspotenzial von €2.750.000 entnehme ich dem Faltblatt „Daten, Fakten & Zahlen zum Maintaler Haushalt 2012. Das Maintalbad produziert Belastungen in Höhe von € 1.300.000, die Bürgerhäuser/ Maintalhalle von € 1.450.000. Die Größenordnung der Differenz von - €2.300.000 von 65,6 Mio. € Einnahmen und 67,9 Mio. € Ausgaben des oben erwähnten Faltblattes wird durch das Gesundheitspotenzial erfolgreich ausgeglichen. Das zwingend Erforderliche nutzen dieses Potenziales beutet nicht zwangsläufig das „Aus“ dieser Einrichtungen. Es ist zunächst Anlass, wie jeden privaten Haushalt, finanziell tragfähige Lösungen zu entwickeln. Was hindert die Stadt Maintal, mit professionellen Verantaltungsorganistoren die Marktfähigkeit der übrigen Einrichtungen zu prüfen? Ist eine Zusammenarbeit mit der Messe Frankfurt nicht des Prüfens wert? Unter dem Suchbegriff „verband Eventagenturen Deutschland“ findet man genug (auch mittelständige) Gesprächspartner. Die Grundstücke haben viel Luft nach oben. Mit modernen mehrstöckigen Bebauungskonzepten ist es möglich Wohnungen in unterschiedlicher Preis- bzw. Miethöhe und das betriebswirtschaftlich durchdachte Konzept eines modernen Bürgerhauses in einem Gebäudekomplex zu vereinen. Vereine in Maintal können am Beispiel in Frankfurt beteiligen: Das Schwimmbad in Ffm-Fechenheim z. B. wird von einem Schwimmverein betrieben. Auch das Schließen von Einrichtungen ist möglich (Frankfurt schloss das Stadtbad Mitte).</p>	<p>Im Haushaltsplan Band 1 wird ausgeführt: „Eine weitere wichtige Planungsgrundlage ist die Einnahmeerwartung bezüglich der Gemeindeanteile an der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer sowie der Ausgleichsleistung Familienleistungsausgleich.“ Die Diskussionen über Steuererhöhungen ohne vorangegangene Strukturreformen ist kein gutes Alleinstellungsmerkmal Maintals, um erfolgreich Neubürger zu veranlassen, sich in Maintal niederzulassen. Auch ein sehr hoher Gewerbesteuersatz spricht sich bei den Entscheidern für Maintal negativ herum. Die oben zitierte Einnahmeerwartung kann aber nur dann zum besseren gewendet werden, wenn die Strukturen Maintals wie weiter oben stehen kreativ in Angriff genommen werden.</p>	<p>Kultur, Sport und Freizeit</p>	<p>Sehr geehrter Herr Herrmann,</p> <p>Ihr Vorschlag ist rechtlich zulässig und liegt im Zuständigkeitsbereich der Stadt Maintal.</p> <p>Der unten stehende Kommentar von Herrn Rohrbach kann als Hinweis der Verwaltung betrachtet werden.</p> <p>Viele Grüße</p> <p>Sabrina Christen (Redaktion)</p> <p>Hr. Rohrbach: Hallo,</p> <p>die Bürgerhäuser und die Maintalhalle sind sehr gut ausgelastet; die Vereine nutzen die Häuser sehr intensiv, für den Trainingsbetrieb sowie Veranstaltungen. Die Häuser dienen damit in erster Linie der Sport- und Kulturförderung und bilden das Rückgrat eines regen Vereinslebens und des bürgerschaftlichen Engagements.</p> <p>Mit freundlichen Grüßen</p> <p>Erhard Rohrbach</p>

<p>Schon gemerkt, die Stadt Maintal hat sehr viele Straßen an denen keine Häuser gebaut sind. Würde sie die angrenzenden Äcker als Bauland ausweisen würden sie Straßenanliegebeitrag erhalten. Es würden für die Stadt keine Kosten entstehen. Die Argumentation des Stadtrates das der Besitzer mehr Geld bekommt als die Stadt ist doch kein wirkliches Argument. Wie kann er der Stadt Null Euro gönnen, hauptsache der anliegende Besitzer macht kein Baulandgeschäft. Anderswo verbaut die Stadt gutes Ackerland und baut neue Straßen. Hat die Stadt das Hobby überall Straßen zu bauen.</p>	<p>Weil schon Straßen gebaut sind und die Stadt den Straßenanliegenbeitrag dann kassieren kann und damit Arbeitsplätze erhalten kann.</p>	<p>Stadtentwicklung, Umwelt und Mobilität</p>	<p>Sehr geehrte Schneewittchen,</p> <p>Nach erster Prüfung Ihres Vorschlages, bereits vorhandene Straßen z.B. angrenzende Äcker als Bauland auszuweisen, um Straßenanliegerbeitrag einzunehmen, teilen wir mit:</p> <ul style="list-style-type: none"> •Rechtlich ist der Vorschlag nur dann unbedenklich, wenn eine neue Satzung von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen würde (Straßenbeiträge; wiederkehrende Straßenbeiträge). Zusätzliche Voraussetzung für Erhebung eines Straßenbeitrages sind „neue Investitionen für den Ausbau der vorhandenen Straßen“ (z.B. wegen Erneuerung). Die gültige Erschließungsbeitragssatzung der Stadt Maintal lässt eine Nacherhebung bereits endgültig abgerechneter Erschließungsanlagen/Straßen nicht zu. •Die Zuständigkeit liegt in der Planungshoheit der Stadt Maintal, unter dem Vorbehalt der übergeordneten Planung, der Beteiligung der Behörden und der Öffentlichkeit sowie der Einhaltung der rechtlichen Grundlagen. Bauland kann nur in den Bereichen ausgewiesen werden, die im Regionalen Flächennutzungsplanes (RegFNP) als solche ausgewiesen sind; d.h. Änderungen des RegFNP sind evtl. erforderlich. •Die Bauleitplanung verursacht Kosten für Personal und Gutachten (Verkehr, Emissionen, Boden usw.). Auch weitere Kosten für Ausbau der Infrastruktur sind bei Entwicklung neuer Baugebiete zu kalkulieren (z.B. Kinderbetreuungsplätze). Erschließungsbeiträge können bei bestehenden Straßen nach derzeitig gültiger Satzung nicht mehr von den Anliegern verlangt werden (nach endgültiger Abrechnung s.o.). <p>Der sparsame Umgang mit Grund und Boden ist Grundsatz der Bauleitplanung (§1a Baugesetzbuch) . Die Stadt Maintal hat in den letzten Jahren durch Maßnahmen der Innenentwicklung, der Nachverdichtung und der Konversion von gewerblichen Flächen (Pardesgelände, Breidensteingelände, Konrad-Höhl-Gebiet u.a.) nach diesem Grundsatz geplant. Das Baugebiet "Am Weides" war das erste Baugebiet seit langer Zeit mit dem eine Fläche im Außenbereich beansprucht wurde. Bei allen geplanten Baugebieten der letzten Jahrzehnte wurde eine Erschließung "von Innen" , mit Grundstücken an beiden Straßenseiten, vorgesehen. Die einseitige Bebauung von Straßen ist in den meisten Fällen durch das "Heranwachsen" der Bebauung an eine Straße entstanden, während auf der gegenüberliegenden Straßenseite andere - oft natürliche - Bedingungen bestehen (z.B. Wald oder Streuobstwiesen, siehe Fechenheimer Weg bzw. Hochstädter Straße).</p> <p><u>Mit freundlichen Grüßen Jörg Wuff i.A. des Fachbereichs Stadtentwicklung</u></p>
<p>Abschaffung der Hundesteuer oder Gleichbehandlung , für Pferde- und Katzenbesitzer. Da ja bekanntlich auch diese Tiere den öffentlichen Raum benutzen und verschmutzen.</p>	<p>Mehr Gerechtigkeit für die Bürger und es müsste keine Fremdfirma für die Erfassung der Hunde in Maintal beschäftigt werden, die das ja sicherlich nicht kostenlos macht.</p>	<p>Finanzen und Verwaltung</p>	<p>Bei der Hunde-, Pferde- und einer evtl. Katzensteuer handelt es sich um kommunale Steuern, womit die Zuständigkeit bei der Stadt Maintal liegt.</p> <p>1.Abschaffung Hundesteuer: Da keine rechtliche Verpflichtung zur Erhebung der Hundesteuer vorliegt, wäre eine Abschaffung dieser theoretisch möglich. Ein Wegfall der Hundesteuer würde zu Mindereinnahmen in Höhe von 185.000 € führen.</p> <p>2.Einführung Pferde- und Katzensteuer: Auch wenn der Hessische Städtetag von der Einführung einer Pferdesteuer abrät, wäre dies rechtlich möglich. Bereits in der Vergangenheit gab es Überlegungen diese Abgabe einzuführen. Da im Stadtgebiet die Anzahl der gehaltenen Pferde jedoch eher gering ist, ist daher davon auszugehen, dass der Verwaltungsaufwand zur Einführung und Veranlagung eine Pferdesteuer in keinem Verhältnis zu den möglichen Steuereinnahmen steht. Die Einführung einer Katzensteuer wäre laut Hessischem Städtetag nicht durchführbar, da hier u.a. die Zuordnung der Tiere zum Halter - anders als bei der Hundesteuer - nur schwer möglich ist. Es ist in Deutschland auch keine Gemeinde bekannt, die eine solche Katzensteuer erhebt.</p> <p>Anzumerken ist, dass auch bei Erhebung weiterer Steuerarten wie Pferde- und Katzensteuer eine Überprüfung der einzelnen Haushalte im Sinne der Steuergerechtigkeit sinnvoll wäre. Die mit der aktuellen Hundebestandsaufnahme beauftragte Fremdfirma wird auf Erfolg basis vergütet. Die Überprüfungsaktion ist daher nach realistischer Einschätzung als kostenneutral dahingehend zu werten, dass die zu erwartenden Mehreinnahmen aus der Hundesteuer für die bisher nicht registrierten Hunde bereits im laufenden Jahr die Kosten der Überprüfung zum Teil ausgleichen und in den Folgejahren zu Mehreinnahmen führen werden.</p> <p>Mit freundlichen Grüßen Inka Wesemann i.A. des Fachdienstes Steuern</p>

<p>Der Zustand der Straßen könnte verbessert werden, wenn man über einen wiederkehrenden Straßenbeitrag die Eigentümer an der Erneuerung der Straßen, insbesondere der Gehwege beteiligen würde. Der wiederkehrende Beitrag hätte den Vorteil, dass er nicht so hoch ist wie der bisher diskutierte Straßenbeitrag, der nur in der Straße in der gerade eine Maßnahme durchgeführt wird, erhoben wird. Die Verteilung der Kosten über das gesamte Stadtgebiet ist ein guter Weg, um mehr für den Zustand der Straßen und Gehwege zu tun.</p>	<p>Finanzierung der Kosten für den Ausbau von Straßen. Verbesserung des Zustands der Straßen und Gehwege.</p>	<p>Stadtentwicklung, Umwelt und Mobilität</p>	<p>Sehr geehrte, Sehr geehrter "Passion",</p> <p>die Einführung wiederkehrender Straßenbeiträge ist</p> <ul style="list-style-type: none"> · rechtlich unbedenklich, · liegt in der Zuständigkeit der Stadt Maintal, · hat personelle und finanzielle Auswirkungen auf die Stadt Maintal. <p>Voraussetzung ist zunächst ein Beschluss der Stadtverordnetenversammlung über eine entsprechende Satzung. Die finanziellen Auswirkungen können nicht beziffert werden. Für die Berechnung und Anforderung der Straßenbeiträge ist zusätzliches Personal notwendig. Durch die regelmäßigen, zweckgebundenen Einnahmen werden sich die Belastungen des städtischen Haushalts für Reparaturen im Straßenraum reduzieren.</p> <p>Freundliche Grüße Jörg Wuff i.A. des Fachdienstes Kommunale Liegenschaften</p>
<p>Das städtische Schwimmbad ist ein Grab für Mio. von Euro jährlich. Damit werden Schwimmbadbesuche von der Stadt subventioniert. Geht man dagegen ins Kino, muss man den angemessenen Preis zahlen. Das Maintalbad sollte daher geschlossen werden, wenn kein Verkauf an einen privaten Betreiber in Frage kommt. Die Stadt ist nicht in der Lage das Bad wirtschaftlich zu betreiben. Warum sollen alle Bürger für etwas zahlen, was nur wenige nutzen?</p>	<p>es sehr viel Geld im städtischen Haushalt spart.</p>	<p>Kultur, Sport und Freizeit</p>	<p>Sehr geehrter Herr Tron,</p> <p>Ihr Vorschlag ist rechtlich unbedenklich und fällt in den Zuständigkeitsbereich der Stadt Maintal.</p> <p>Die kurzfristige Entlastung betrüge rd. 50.000 €</p> <p>Unter Berücksichtigung von steuerlichen Effekten würde die mittelfristige Entlastung (d.h. nach ca. 5 Jahren) des städtischen Haushalts rd. 950.000,-- € betragen. Diese Entlastung würde u.a. deswegen erst mittelfristig eintreten, weil</p> <p>a) bei der Umsetzung des Vorschlages die Beschäftigten des Maintalbades im Rahmen der Fluktuation mit anderen Aufgaben betraut werden müssten. In den Fällen, in denen dies rechtlich bzw. tatsächlich nicht möglich ist, müssten die entsprechenden Arbeitsverhältnisse betriebsbedingt gekündigt werden, dazu wäre der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 8.12.2008 "Auf betriebsbedingte Kündigungen wird grundsätzlich verzichtet" aufzuheben werden. Ob und inwieweit eine betriebsbedingte Kündigung arbeitsrechtlich zulässig ist, hängt vom jeweiligen Einzelfall ab. Beispielsweise können gem. § 34 Abs. 2 Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) Arbeitsverhältnisse von Beschäftigten die 40 Jahre oder älter sind und eine Beschäftigungszeit von mehr als 15 Jahren haben, nur noch aus wichtigem Grund gekündigt werden.</p> <p>b) bei der Umsetzung des Vorschlages die Abschreibungskosten und kalk. Zinsen erst dann entfallen würden, wenn die Stadt Maintal das Gebäude zu mindestens dem Restbuchwert verkaufen könnte. Ob es für ein Schwimmbad überhaupt Interessenten gibt, ist derzeit nicht abzusehen.</p> <p>Viele Grüße Frank Krause FB Hauptverwaltung</p>
<p>Auf dem neuen Friedhof in Wachenbuchen soll ein neues Gemeinschaftsgrabfeld für Fans von Eintracht Frankfurt eingerichtet werden. Das Grabfeld soll dabei nicht nur Maintaler Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stehen, sondern von allen hessischen Einwohnerinnen und Einwohnern belegt werden können. Hierfür wäre lediglich eine Änderung der städtischen Friedhofsatzung notwendig. Da die Friedhofsgebühren kostendeckend berechnet werden, entstehen hierdurch keine Mehrkosten im Haushalt. Andererseits kann durch das hessenweite Angebot die Bekanntheit von Maintal gesteigert und ein Imagegewinn erzielt werden.</p>		<p>Sonstiges</p>	<p>Hallo horsti,</p> <p>ob der Antrag rechtlich unbedenklich ist, kann zunächst ohne Nachfrage bei Eintracht Frankfurt (wegen der Namensrechte) nicht geklärt werden. Zumindest wäre eine Änderung der Friedhofsatzung notwendig.</p> <p>Diese Änderung läge in der Zuständigkeit der Stadt Maintal. Personelle Auswirkungen sind zunächst nicht zu erwarten, hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen ist festzustellen, dass die Friedhofsgebühren weitgehend kostendeckend sind. Die Kapazitäten wären zunächst auf dem neuen Friedhof in Wachenbuchen vorhanden.</p> <p>Mit freundlichen Grüßen i.A Heike Riedl, Fachdienst Ordnungsbehörde</p>
<p>Die Stadtverordnetenversammlung wird auf die gesetzliche Mindestgröße gem. §38 Abs.2 HGO von 45 auf 37 Stadtverordneten reduziert. Auswirkungen: keine Einsparung: ca. 6.600 € pro Jahr</p>		<p>Finanzen und Verwaltung</p>	<p>Verwaltungsvorschlag</p>

<p>Die Aufgaben der Vollstreckungsstelle werden nicht mehr von der Stadt Maintal erfüllt, sondern an den Main-Kinzig-Kreis übertragen. Dieser muss dann mit eigenem Personal die offenen Forderungen der Stadt Maintal, z.B. nicht bezahlte Hundesteuern, bei den Bürgerinnen und Bürgern eintreiben. Auswirkungen: Gegebenenfalls hat Maintal bei der Eintreibung von Forderungen durch den Main-Kinzig-Kreis nicht die oberste Priorität; dies würde bedeuten, dass die Eintreibung von Forderungen geringer oder zeitlich verzögert ausfällt. Einsparung: ca. 50.000 € pro Jahr</p>		Finanzen und Verwaltung	Verwaltungsvorschlag
<p>In Maintal sind ca. 12% der Menschen, die 60 Jahre und älter sind, Migrantinnen und Migranten. Die Seniorenberatung möchte diesen Menschen den Zugang zu den Hilfestrukturen und Unterstützungsmaßnahmen rund um das Thema Alter ermöglichen und einen Pool an freiwilligen Bürgerinnen und Bürgern aufbauen, die selbst einen Migrationshintergrund haben. Diese Freiwilligen können Sprachbarrieren überwinden und ältere Migranten in unterschiedlichsten Alltagssituationen begleitend unterstützen. Für die Öffentlichkeitsarbeit (z.B. Druck von Flyern), eine Auftaktveranstaltung und weiterführende regelmäßige Treffen mit den Freiwilligen, Fortbildungsveranstaltungen sowie für die Möglichkeit der Auslagenerstattung sollen 3.000 € pro Jahr in den Haushalt eingestellt werden. Auswirkungen: Besserer Zugang zu den Angeboten für Senioren mit Migrationshintergrund; Vermeidung von Isolation dieser gesellschaftlichen Gruppe. Kosten: 3.000 € pro Jahr</p>		Kinder, Jugend, Familie und Senioren	Verwaltungsvorschlag
<p>Der Familienlotse/die Familienlotsin besucht alle neugeborenen Kinder und berät die Eltern beim Umgang mit dem Kind und stärkt so die Erziehungs- und Handlungskompetenz der Eltern. Der Familienlotse/die Familienlotsin vermittelt außerdem Unterstützungsangebote für die Familien. Bei Bedarf ist eine frühzeitige Einleitung von Hilfsmaßnahmen möglich. Auswirkungen: Der Familienlotse/die Familienlotsin ist ein weiterer Baustein einer kinder- und familienfreundlichen Stadt, die langfristige Eingriffe durch das Jugendamt reduziert. Kosten: ca. 50.000 € pro Jahr</p>		Kinder, Jugend, Familie und Senioren	Verwaltungsvorschlag
<p>Oftmals sind Wirtschaftswege im Außenbereich verunreinigt, beschädigt oder so stark bewachsen, dass eine ungehinderte Nutzung für Fußgänger, Radfahrer und landwirtschaftliche Fahrzeuge nicht möglich ist. Die Kosten für Beseitigung der Schäden trägt bisher die Stadt alleine, d.h. die Allgemeinheit. Es wird daher vorgeschlagen, in einer Feldwegesatzung zu regeln, welche Pflichten und Rechte die Allgemeinheit bzw. der einzelne Nutzer hat und wer im Einzelfall die Kosten für Beseitigung der Beeinträchtigungen/Schäden zu tragen hat. Auswirkungen: Mit der Umsetzung dieses Vorschlags hat die Stadt Maintal eine Handhabe, um die Beseitigung von Beschädigungen und Verschmutzungen vom Verursacher zu verlangen. Der Zustand von Feldwegen verbessert sich. Einsparungen: nicht quantifizierbar</p>		Stadtentwicklung, Umwelt und Mobilität	Verwaltungsvorschlag
<p>Auswirkungen: Eine offensichtlich bestehende Nachfrage von Tierliebhabern wird befriedigt und aus ungenutzte Flächen der Stadt Maintal kann so eine Wertschöpfung gezogen werden. Kosten: z.Z. nicht quantifizierbar. Einnahmen: z.Z. nicht quantifizierbar</p>		Sicherheit und Ordnung	Verwaltungsvorschlag
<p>Förderung und Einsatz sachkundiger Bürgerinnen und Bürger als Beauftragte mit bestimmten Schwerpunktthemen, wie z.B. Fußgänger- und Fahrradbeauftragter, Kinderbeauftragte usw.. Auswirkungen: Der Einsatz von Beauftragten kann zu einer deutlichen Verbesserung der betreffenden Lebensbereiche in dieser Stadt führen und die Bürgersicht in der Verwaltung und der Politik erweitern. Kosten: ca. 8.000 € pro Beauftragten und Jahr (Sachkosten und Aufwandsentschädigung)</p>		Finanzen und Verwaltung	Verwaltungsvorschlag
<p>Das Literaturretat der Büchereien beträgt zurzeit 39.500 € und soll auf 50.000 € im Jahr erhöht werden. Auswirkungen: Das Medienangebot nimmt zu, so dass die Bürgerinnen und Bürger eine größere Auswahl an Literatur, CDs und DVDs zur Auswahl haben. Dies steigert die Attraktivität der Büchereien und die Mitgliederzahl. Kosten: ca. 10.500 €</p>		Kultur, Sport und Freizeit	Verwaltungsvorschlag

<p>Die Straßenbeleuchtungseinrichtungen werden verkauft oder der Betrieb der Straßenbeleuchtung wird in Form eines Contracting – Modells vergeben. Auswirkungen: Die Straßenbeleuchtung kann durch Einsatz verbrauchsärmerer Beleuchtungsmittel schneller und sukzessiver klimafreundlich erneuert werden. Einsparung: Die Unterhaltungskosten werden gedeckelt. Strompreiserhöhungen werden abgemildert.</p>		<p>Stadtentwicklung, Umwelt und Mobilität</p>	<p>Verwaltungsvorschlag</p>
<p>Die beleuchteten Weihnachtsbäume werden in allen Stadtteilen Maintals nicht mehr aufgestellt. Auswirkungen: Einschränkung der weihnachtlichen Stimmung in Maintal. Einsparungen: ca. 2.800 € pro Jahr</p>		<p>Sonstiges</p>	<p>Verwaltungsvorschlag</p>
<p>Die Pflegestandards in der Grünflächen- und Friedhofsunterhaltung werden reduziert. Als Beispiel: Ein Kreisel wird nicht mehr bepflanzt, sondern mit Schotter belegt. Andere Grünflächen werden nicht mehr mit Blumen wechselweise bepflanzt, sondern nur noch als Blumenwiese eingesät. Auswirkungen: Die optische Qualität der Grünflächen und Friedhöfe verschlechtert sich; die gestalterische Attraktivität des öffentlichen Raumes und damit der Stadt nimmt ab. Einsparung: ca. 50.000 – 60.000 €</p>		<p>Stadtentwicklung, Umwelt und Mobilität</p>	<p>Verwaltungsvorschlag</p>